

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in Zeiten eines weltumspannenden und gleichzeitig rücksichtslosen Finanzkapitalismus. Er hält ganze Gesellschaften und ihre Menschen im Würgegriff. Tagtäglich können wir das aus den Medien erfahren. Und bei all den Diskussionen in der Öffentlichkeit wird deutlich, dass sich fast unmerklich, aber doch deutlich Gewichte verschieben, was jeden wachen Zeitgenossen hellhörig werden lässt und Fragen aufwirft:

- So hat Frau Merkel das Wort von der „marktkonformen Demokratie“ in die Welt gesetzt. Ein Ausdruck, der ziemlich viel über den Zustand der herrschenden Politik verrät. Warum, um alles in der Welt, muss die Demokratie marktkonform sein? Das Parlament ist doch wohl dem Volk verpflichtet und Rechenschaft schuldig, nicht den Interessen des Marktes und der kleinen Gruppe der Finanzelite, die dahinter steht.
- Immer wieder ist von Seiten der Politik zu hören: „Wir müssen die Märkte beruhigen“, oder „Wir müssen das Vertrauen der Märkte wieder zurückgewinnen“. Da wundert man sich denn doch. Die Märkte sind doch keine höhere Macht, die man dann auch noch durch Opfer beschwichtigen muss. Die Märkte sind Menschenwerk und deshalb gestaltbar. Und das Wählervolk darf mit Recht erwarten, dass die Politik dieser Gestaltungsaufgabe zum Wohle aller nachkommt. Nicht die Märkte, sondern die Politik, die vom Volk gewählte Politik, muss das Sagen haben.
- Wenns ernst wird, ist es aber leider nicht so. Das Beispiel Griechenland lehrt uns: Wer als Politiker sein Volk demokratisch befragen will, bekommt die ganze Härte und Häme der Hochfinanz zu spüren, und dem Volk wird ein nicht gewählter Regierungschef vorgesetzt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Das Volk wird von den Geldeliten als zunehmend störend empfunden, wenn es um ihre Interessen geht.

Diese paar Schlaglichter zeigen: In der Finanzmarktkrise geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Demokratie in Europa. Es geht um die Frage: Wer hat am Ende das Sagen – Volkes Wille oder Spekulantenmacht?

Was kann man in dieser Situation tun?

Ein Leitsatz vorneweg. Er stammt von Theodor W. Adorno: Lassen wir uns nicht dumm machen von der Macht der anderen und der eigenen Ohnmacht.

Widerstehen wir der Versuchung platter, nationalistisch gefärbter Denkmuster, die uns reflexartig Partei ergreifen lassen: Dort die faulen Griechen, hier wir fleißigen Deutschen.

Überall in Europa werden -in unterschiedlicher Intensität- sozialstaatliche Leistungen abgebaut und überall in Europa trifft das die kleinen Leute. Und überall in Europa sind es die Finanzjongleure, die die Profite für sich und ihre Klientel mehren. Es geht nicht um Deutsche oder Griechen. Es geht hier wie dort um oben oder unten. Als Gewerkschaftler sollten wir das nicht aus dem Blick verlieren.

Die Märkte handeln nicht neutral. Sie bilden die bestehenden Machtverhältnisse ab. Sie werden die Starken stärken und die Schwachen schwächen. Wer Kapital hat, kann auf gute Geschäfte warten, wer nur seine Arbeitskraft hat, muss unter (fast) allen Umständen verkaufen. Das dürfen wir nicht vergessen. Ein wichtiges Kriterium unserer Meinungsbildung ist daher die einfache Frage: Wem nützt es? Wem nützt der Sozialabbau in Europa? Wem nützen die Ratingagenturen? Und wem dagegen würde eine Finanztransaktionssteuer nützen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand hier von uns weiß, was das Jahr 2012 alles bringen wird. Aber egal, was es bringt, wir sollten uns nicht dumm machen lassen von der Macht der anderen und der eigenen Ohnmacht. Denn damit wird gerechnet. Bleiben wir in diesem Sinn also unberechenbar. Das ist es, was ich uns wünsche.